

## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Gendersensible Gestaltung von Bildungsprozessen in den allgemeinbildenden Schulen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, unter Berücksichtigung insbesondere der Erfahrungen bei der Umsetzung des Konzepts der Landesregierung „Zur systematischen Einbeziehung des Ziels der Chancengleichheit von Frauen und Männern in sämtliche Politikbereiche (Gender Mainstreaming)“, der Erfahrungen der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Gender Mainstreaming“ und der Erfahrungen bei der Umsetzung der Konzeption „Chancengleichheit von Mädchen und Jungen in der Schule“ Schwerpunkte für die weitere gendersensible Gestaltung von Bildungsprozessen in den allgemeinbildenden Schulen zu bestimmen und in den Ausschüssen für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie für Soziales vorzustellen und zu beraten.

Dabei sollen folgende Handlungsfelder besondere Berücksichtigung finden:

#### 1. Schulentwicklung, Schulkultur und Unterrichtsorganisation

Insbesondere:

- Berücksichtigung genderspezifischer Bildungszugänge (z. B. genderspezifische Alltagserfahrungen und unterschiedliche Lernstrategien) bei der Gestaltung von Rahmenrichtlinien, kompetenzorientierten Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien,
- Anregungen zur Aufnahme eines respektvollen Umgangs zwischen den Geschlechtern und zu einer kritischen reflexiven Auseinandersetzung mit tradierten Genderstereotypen im Unterricht, in den Unterrichtsmaterialien und in der Arbeit mit Schulprogrammen,
- Entwicklung gendersensibler Didaktik, insbesondere in Fächern, die in tradierter Weise eher Mädchen oder eher Jungen ansprechen (z. B. technische, mathematische und naturwissenschaftliche bzw. sprachliche und künstlerische Fächer).

#### 2. Schulevaluation und Qualitätssicherung

Insbesondere:

- Implementierung genderspezifischer Reflexion bei allen Evaluationsprozessen und Auswertungen von Schulversuchen, Projekten u. Ä.,

(Ausgegeben am 11.03.2009)

- Berücksichtigung genderspezifischer Maßnahmen bei der Qualitätssicherung in den Bildungsprozessen an allgemeinbildenden Schulen,
- Entwicklung und Erweiterung der genderdifferenzierten Datenbasis.

### 3. Lebenswegplanung und Berufsorientierung

Insbesondere:

- Maßnahmen, die der genderspezifischen tradierten Einengung des inhaltlichen Spektrums von Kurs-, Berufs- und Studienwahlen entgegenwirken,
- Vermittlung von Kompetenzen zur aktiven, selbstbestimmten, verantwortlichen und gleichberechtigten Lebenswegplanung,
- Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, mehr junge Männer für eine Berufslaufbahn als Lehrer bzw. für weitere pädagogisch, sozialpädagogisch und erziehungswissenschaftlich geprägte Berufe zu interessieren und zu gewinnen,
- spezifische Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils junger Frauen an den Jugendlichen, die einen naturwissenschaftlich, ingenieurwissenschaftlich, mathematisch oder informationswissenschaftlich orientierten Beruf anstreben.

### 4. Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung der Lehrkräfte

Insbesondere:

- Entwicklung und Ausbau pädagogischer Kompetenzen zur bewussten Reflexion der Genderspezifik für Lehrkräfte aller Fachrichtungen (reflexive Koedukation),
- Vermittlung von Fähigkeiten, bei der Unterrichtsplanung und -gestaltung genderspezifische Aspekte zu berücksichtigen,
- Hilfen zur Mitgestaltung von Chancengleichheit von Mädchen und Jungen und zur Prävention von sexualisierter Gewalt.

### 5. Personalentwicklung

Insbesondere:

- Entwicklung der Karrierechancen von Frauen im Bereich der schulischen Bildung mit dem Ziel, dass Frauen in adäquater Zahl zu ihrem Anteil an der Gesamtzahl der im Schulwesen und in den Schulbehörden Beschäftigten Leitungsfunktionen wahrnehmen können.

### 6. Zusammenwirken von Schulen mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, mit den Eltern, Öffnung von Schulen in ihre Sozialräume, Netzwerkarbeit, interministerielle Kooperation.

## **Begründung**

Die Bildungsbiografien von Schülerinnen und Schülern sind ein besonderer Beleg dafür, dass die soziale Dimension des Geschlechts einen beachtlichen Einfluss auf den Bildungserfolg von Mädchen und Jungen hat. Zahlreiche Studien verdeutlichen ebenso wie statistische Belege, dass es in stärker werdendem Maße Jungen sind, denen der individuelle Erfolg in der allgemeinen Schule verwehrt bleibt. Mädchen hingegen gelingt es nicht, ihren offensichtlichen Schulerfolg auch gewinnbringend im

Sinne von gleichberechtigter Teilhabe an Arbeit und Einkommen nutzbar zu machen. Das soziale Geschlecht wirkt ganz offensichtlich auch in der allgemeinen Schule als „Platzanweiser“.

Die Fraktion DIE LINKE ist der Auffassung, dass eine genderspezifische Reflexion aller Bildungsprozesse unabdingbar ist, um einen optimalen Bildungserfolg für Schülerinnen wie für Schüler zu ermöglichen und eine „geschlechterbewusste Pädagogik“ (reflexive Koedukation) zu entwickeln. Eine wirksamere Entwicklung der Stärken von Mädchen und jungen Frauen im Rahmen besonders der naturwissenschaftlich-mathematischen Begabtenförderung ist genauso erforderlich wie dem Trend entgegenzuwirken, dass überdurchschnittlich und zunehmend viele Jungen und junge Männer von den schulischen Bildungsangeboten nicht ausreichend profitieren können und ihnen der Bildungserfolg in der Schule versagt bleibt.

Darüber hinaus bestehen nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE Defizite bei der Wahrung von Chancengleichheit von Jungen und Mädchen insbesondere in bezug auf ihre Lebensweg- und berufliche Karriereplanung. Bei den dafür vorherrschenden Realisierungsbedingungen sieht die Fraktion DIE LINKE Handlungsbedarf.

Nach wie vor muss im Rahmen der Gewaltprävention in der Schule sexualisierte Gewalt - auch in ihren subtilen Formen - besondere Aufmerksamkeit finden.

Die Fraktion DIE LINKE hält es für unabdingbar, dass für den gesamten Aufgabenkomplex ein konzeptioneller Rahmen weiter abgesteckt und kontinuierlich fortgeschrieben wird. Dabei soll ausdrücklich auf bisher gesammelten Erfahrungen aufgebaut werden. Sie geht davon aus, dass unter Genderaspekten optimal gestaltete Bildungsprozesse in der allgemeinbildenden Schule ein enges Zusammenwirken mit der Kinder- und Jugendhilfe, mit den angrenzenden Bildungsbereichen (Elementarbereich, Sekundar- und Tertiärbereich) und eine Öffnung der Schulen hin zu ihren Sozialräumen erfordern. Ein interministerielles Herangehen an die weitere konzeptionelle Gestaltung dieser Prozesse scheint ihr daher geboten.

Wulf Gallert  
Fraktionsvorsitzender